

# VIERPUNKTNUL

Südwest Merkur, Ausgabe März/April 2018

Freie  
Demokraten  
Baden-  
Württemberg **FDP**

FDP/DVP Fraktion  
IM LANDTAG BADEN-WÜRTTEMBERG

## EINE NEUE GENERATION DEUTSCHLAND.

#NEUEGENERATION



**Vorstellung: Unsere Abgeordneten im Deutschen Bundestag**

Wer macht was in der Fraktion? Ausschussmitgliedschaften und Themenfelder

**#3K18: Beschlüsse**

Dreikönigstreffen 5. und 6. Januar

**100 liberale Abgeordnete sind das Ziel**

Die ALDE-Partei vor der Europawahl

**Mit klaren Positionen überzeugen -  
wichtiger denn je**

Aus der FDP/DVP Fraktion im Landtag

**Neue Möglichkeiten durch  
Digitalisierung**

Fraktionsantrag im Landtag

## Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

wir sind wieder da – die Freien Demokraten sind zurück im Deutschen Bundestag. Die Arbeit und Aufgaben unserer zwölf Abgeordneten im Deutschen Bundestag wollen wir Ihnen in dieser Ausgabe vorstellen.

Zu Jamaika wurde bereits viel gesagt. Keiner der Sondierungspartner hatte sich dieses Bündnis vor der Wahl gewünscht. Wir haben von Anfang an gesagt, dass es nicht selbstverständlich ist, dass die vier Parteien zueinander finden. Und nach dem Verlauf der Sondierungen hat sich schließlich herausgestellt, dass es nicht reicht, um Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Das lag zum einen daran, dass die gefundenen Kompromisse weit hinter dem zurückblieben, was wir den Wählerinnen und Wähler in unseren „zehn Trendwenden“ versprochen haben. In anderen Punkten konnte man sich nicht mal auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen. Auch nach der Verlängerung der Sondierungen waren schließlich noch die berühmten 237 Punkte offen. Stichwortartig nenne möchte ich neben vielen andere Punkten den Familiennachzug, die Energiepolitik oder der vollständige Abbau des Solidaritätszuschlags.

Wir haben uns in den Jamaika-Verhandlungen als glaubwürdig erwiesen. Der Vorwurf, wir hätten Angst davor gehabt, zu regieren und hätten nicht gestalten wollen, ist Unfug. Wir sind in drei Bundesländern in unterschiedlichen Konstellationen in der Regierung. Und im Bundestag gestalten wir jetzt aus



der Opposition heraus, wir treiben die Regierung vor uns her - mit guten Argumenten.

In diesem Heft finden Sie einen Überblick über einige zentrale Gesetzesvorhaben, die wir als FDP Bundestagsfraktion in den ersten Monaten dieser Legislaturperiode bereits eingebracht haben. Bei der Dreikönigskundgebung im Stuttgarter Staatstheater hat Christian Lindner unter dem Motto „Eine Neue Generation Deutschland“ die Kernpunkte vorgestellt, die unsere Arbeit prägen. Und diesen Anspruch unterstreichen wir.

Damit begeben wir uns auf die Pfade unserer Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, die seit Jahren exzellente Oppositionsarbeit macht und sich so den Ruf der Speerspitze der baden-württembergischen Opposition erarbeiten konnte. Wichtige Vorhaben und Themen werden

auch dieses Mal wieder von unserer Landtagsfraktion vorgestellt.

Auch Europa bleibt gerade heute ein wichtiges Thema. Ob es die Sicherheitspolitik, Flüchtlingspolitik, Energiepolitik oder der internationale Handel ist – hier sind starke Liberale genauso gefragt wie in Bund und Land. Der Präsident der ALDE-Partei, Hans van Baalen, unterstreicht in seinem Grußwort die Ziele und Beteiligungsmöglichkeiten freiheitlicher Politik in Europa.

Herzlichst

Ihre *Judith Skudelny*

Judith Skudelny

## #3K18: Das Dreikönigstreffen 2018

6. Januar 2018 im Opernhaus Stuttgart

Das Interesse an den Freien Demokraten reißt nicht ab. Zu unserem Dreikönigstreffen am 6. Januar 2018 im Stuttgarter Staatstheater war der Andrang gewaltig. Kein Platz blieb frei, über 150 Journalisten hatten sich angemeldet, um über den Kurs der Freien Demokraten im Jahr 2018 zu berichten. Redner waren unser Landesvorsitzender Michael Theurer, unser Fraktionsvorsitzender Dr. Hans-Ulrich Rülke sowie die FDP Generalin Nicola Beer und unser Bundesvorsitzender Christian Lindner.

Das Motto des Dreikönigstreffens gab den Kurs vor: „Eine neue Generation Deutschland“ sollte das Land in die Zukunft führen. Personell und inhaltlich müssten andere Parteien dem Beispiel der FDP folgen und neue Ideen, neue Impulse und neue Köpfe hervorbringen, die in einer globalisierten und digitalisierten Welt eine zukunftsweisende Politik für Deutschland in Europa gestalten.



## 117. Ord. Landesparteitag

5. Januar 2018 in Fellbach - Leitantragsbeschluss „Beste Bildung braucht das Land“ und weitere Beschlüsse

**Beste Bildung braucht das Land!** Bildung befähigt jeden Einzelnen, ihre oder seine Lebensstränge nach eigenen Idealen, Präferenzen und Talenten zu formen, zu verwirklichen und dabei die seiner Mitmenschen zu respektieren. Jeder Mensch ist einzigartig. Deshalb sind Bildungswege keine Standardroute, sondern so vielfältig wie die Menschen selbst. Die Eltern, Lehrer und Schüler vor Ort kennen die Potenziale des Einzelnen besser als jede Kultusbehörde. Deshalb braucht jede einzelne Schule mehr Mittel und Entscheidungsfreiheit. Erstklassige Bildung entsteht vor Ort. Wir wollen die Menschen und Bildungseinrichtungen vor Ort mit besseren Rahmenbedingungen zur Umsetzung weltbesten Bildung stärken.

Auf unserem Dreikönigsparteitag haben wir zudem einen Beschluss für ein weiteres **Aussetzen des Fa-**

**miliennachzugs für subsidiär Geschützte** beschlossen, der mit eingeflossen ist in den Gesetzesentwurf der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. Für uns Freie Demokraten bleibt klar: Wir brauchen eine Regelung, die Humanität auf der einen Seite und die Möglichkeiten des aufnehmenden Staates auf der anderen Seite gleichsam berücksichtigt.

Des Weiteren wurden die Beschlüsse „**Abschaffung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes**“ und „**Keine heimlichen Überwachungsmaßnahmen mittels Schadsoftware**“ beschlossen.

Alle Beschlüsse des 117. Ord. Landesparteitags und des Landesvorstands zu den gestellten Anträgen finden Sie im Wortlaut unter <https://fdp-bw.de> und auf [meine-freiheit.de](http://meine-freiheit.de) in der FDP Baden-Württemberg Gruppe.

## Unsere zwölf Abgeordneten im Deutschen Bundestag



**Michael Theurer MdB**

Als Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion bin ich für die Ausschüsse Wirtschaft und Energie, Arbeit und Soziales, Gesundheit sowie Tourismus verantwortlich. Zentrale Themen sind Digitalisierung und Globalisierung. Es gilt, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts und die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme zu sichern. Mein persönlicher Themenschwerpunkt: Ordnungspolitik, insbesondere faire Wettbewerbsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen und ihre Beschäftigten.



**Judith Skudelny MdB**

Ich bin Vorsitzende der FDP Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag und umweltpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. Ich mache mich für eine Umweltpolitik stark, die auf intelligente Lösungen statt auf Bevormundungen und Verbote setzt.



**Michael Georg Link MdB**

Im EU-Ausschuss will ich für mehr Transparenz bei der Europapolitik der Bundesregierung sorgen. Im Haushaltsausschuss will ich mich dafür einsetzen, dass Deutschlands internationales Engagement finanziell besser kontrolliert wird.



**Pascal Kober MdB**

Ich bin sozialpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion sowie Obmann im Ausschuss für Arbeit und Soziales und stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen Gesundheit und Verteidigung. Diese Themen liegen mir besonders am Herzen: die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, die Verringerung von Armut durch Verbesserung der Chancen für einen sozialen Aufstieg durch Bildung und Weiterbildung, die nachhaltige und generationengerechte Stabilisierung unserer Sozialsysteme und der Pflege sowie eine verbesserte psychosoziale Betreuung unserer Bundeswehrsoldaten.



**Dr. Florian Toncar MdB**

Als Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion der Freien Demokraten kümmere ich mich um den Aufbau unserer Fraktionsorganisation. Außerdem liegt mein fachlicher Schwerpunkt als finanzpolitischer Sprecher in der Steuerpolitik sowie der Finanzmarkt- und Währungspolitik, wo ich mich unter anderem für die zügige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, eine international wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung, die Nutzung der Chancen der Digitalisierung im Finanzsektor und die Beibehaltung der bewerten Systeme der Einlagensicherung einsetze.



**Dr. Marcel Klinge MdB**

Ich vertrete unsere Bundestagsfraktion als tourismuspolitischer Sprecher und leite die fraktionsinterne Arbeitsgruppe Sport. Nicht nur hier bei uns im Südwesten leben viele Betriebe und Familien vom Tourismus - deshalb mache ich mich für unsere ländlichen Regionen stark und will dazu beitragen, dass unsere deutsche Tourismuswirtschaft auch international gut aufgestellt ist. Das geht mit meinem zweiten Schwerpunkt Sportpolitik sehr gut Hand in Hand, denn auch Breitensport, Gesundheits- und Aktivsportmöglichkeiten tragen wesentlich zur Attraktivität unserer Regionen bei.

## Unsere zwölf Abgeordneten im Deutschen Bundestag



**Renata Alt MdB**

Als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses werde ich mich mit liberaler Stimme für die auswärtigen Beziehungen Deutschlands einsetzen, und die Regierung in wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen kontrollieren. Ich setze damit mein langjähriges Engagement im Bundesausschuss Internationale Politik der Freien Demokraten nun im Bundestag fort.



**Benjamin Strasser MdB**

Als Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestages werde ich mich mit dem Bereich der Inneren Sicherheit (Bundes-)Polizei, Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz, THW beschäftigen. Deshalb wird mein wichtigstes Projekt in den kommenden Jahren eine Neuausrichtung der deutschen Sicherheitsarchitektur sein, bei der sich bereits im Fall des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), aber auch im Fall des Berliner Weihnachtsmarktanschlags schwere Mängel gezeigt haben.



**Dr. Jens Brandenburg MdB**

Als Sprecher für Studium, berufliche Bildung und lebenslanges Lernen will ich unser Versprechen weltbesten Bildung mit konkreten Initiativen im Bildungsausschuss untermauern. Für die Rechte von LSBTI werde ich mich als stellv. Mitglied im Familienausschuss einsetzen.



**Dr. Christoph Hoffmann MdB**

Ich freue mich künftig im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und als Stellvertreter im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft - dort vor allem für das Thema Wald - tätig zu sein. Meine Themenschwerpunkte sind die Minderung des Migrationsdrucks durch Bildung und Arbeitsplätze in armen Ländern, das Thema CO2-Bindung durch Wald als Klimaschutzkonzept, sowie die Themen Bürokratieabbau und kommunale Anliegen, die ich auch über meine Wahlkreisbüros in Lorrach und Bad Krozingen als Basiskontakt betreuen werde.



**Alexander Kulitz MdB**

Dass die deutsche Wirtschaft mehrfach Exportweltmeister geworden ist, kommt nicht von ungefähr. Jedoch fällt es gerade unseren exportstarken klein- und mittelständischen Betrieben oft schwer, mit internationalen Handelshemmnissen und Beschränkungen umzugehen. Als ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss möchte ich vor allem für die Außenwirtschafts- und Außenhandelsthemen einstehen um hier unsere klein- und mittelständischen Unternehmen zu unterstützen, auch zukünftig als „Exportweltmeister“ ihren Platz auf den globalen Weltmärkten zu finden.



**Dr. Christian Jung MdB**

Als Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Digitale Infrastruktur möchte ich mich den Herausforderungen der nächsten Jahre stellen. Die Infrastruktur ist im Wandel und wir Freie Demokraten setzen uns für zukunftsweisende Lösungen ein. Gerade bei der Verkehrsplanung denke ich gerne in Achsen und bin der Auffassung, dass man immer eine ganzheitliche Lösung im Blick behalten muss.

# Unsere Abgeordneten in Land-

Dr. Christoph  
Hoffmann MdB

Dr. Florian  
Toncar MdB

Jochen  
Haußmann MdL

Dr. Gerhard  
Aden MdL

Dr. Jens  
Branden-  
burg MdB

Dr. Marcel  
Klinge MdB

Prof. D  
Schwe



Jürgen  
Keck MdL

Klaus  
Hoher MdL

Gabriele  
Reich-Gutjahr MdL

Michael  
Theurer MdB

Judith  
Skudelny MdB

Dr. H  
Rück

# - und Bundestag



Erik Dickert MdL

Benjamin Strasser MdB

Dr. Timm Kern MdL

Pascal Kober MdB

Michael Link MdB

Dr. Friedrich Bullinger MdL

Andreas Glück MdL

Hans-Ulrich Goll MdL

Renata Alt MdB

Dr. Christian Jung MdB

Nico Weinmann MdL

Prof. Dr. Ulrich Goll MdL

\*Alexander Kulitz MdB

\*nicht auf dem Foto

# Initiativen, Anträge, Beschlüsse

## Die Arbeit der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

**VDS abschaffen:** Aus unserer Sicht ist das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit aus der Balance geraten. Es ist daher kein Zufall, dass es sich beim ersten Gesetzentwurf der Freien Demokraten in der 19. Wahlperiode um ein Gesetz zur Stärkung der Bürgerrechte handelte. Wir setzen uns für eine Trendwende ein, die maximalen Sicherheitsgewinn bei minimalem Eingriff in die Bürgerrechte bringt. Darum wollen wir das Gesetz zur anlasslosen, flächendeckenden Vorratsdatenspeicherung aufheben.

**Netz-DG abschaffen:** Auch das erst im Sommer 2017 verabschiedete Netzwerkdurchsetzungsgesetz wollen wir abschaffen. Wir halten dieses Konstrukt für verfassungs- und europarechtswidrig. Der Widerstreit von Meinungen in der öffentlichen Debatte ist ein entscheidendes Element für eine Demokratie und fördert eine pluralistische Gesellschaft. Mit dem NetzDG werden Soziale Netzwerke verpflichtet, rechtswidrige Inhalte innerhalb von sieben Tagen zu löschen. Wir sehen es extrem kritisch, dass private Unternehmen über die Frage entscheiden, ob eine Meinungsäußerung rechtswidrig ist oder nicht.

**Glyphosat:** In der hitzigen Debatte um die Zulassung des Wirkstoffs Glyphosat haben wir uns ebenfalls klar positioniert. Glyphosat blockiert ein Enzym, das Pflanzen zur Herstellung bestimmter Aminosäuren benötigen. Seine Giftigkeit für Mensch und Tier wird dagegen als gering eingestuft. Aufgrund seiner welt-

weiten Nutzung seit 1974 gehört Glyphosat zu den am besten untersuchten Pflanzenschutzmitteln. Die FDP-Fraktion hat daher im Deutschen Bundestag einen Antrag gestellt, der die Bundesregierung dazu verpflichten soll, ihre politischen Entscheidungen an den Ergebnissen von wissenschaftlichen Untersuchungen auszurichten.

**Untersuchungsausschuss einsetzen zu Anschlag am Breitscheidplatz:** Die Freien Demokraten haben nun beantragt, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der die Hintergründe des Anschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz lückenlos aufklärt. Sowohl die Opfer und ihre Angehörigen, aber auch alle Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik haben das Recht darauf, zu erfahren, ob der Anschlag hätte verhindert werden können. Etwaige Sicherheitspannen müssen aufgeklärt werden und dürfen sich nicht wiederholen.

**Familiennachzug für Flüchtlinge:** In der Diskussion um den Familiennachzug für Flüchtlinge haben wir einen Gesetzesantrag eingebracht, der vorsah, den Familiennachzug für subsidiär Geschützte zwei weitere Jahre auszusetzen. Helfer, Kommunen und Landkreise sind heute noch immer mit Antragsabarbeitung, Unterbringung und Integration der bereits angekommenen Menschen ausgelastet. Für Personen, die ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Familienmitglieder selbst bestreiten können, sah der Antrag der FDP aber eine Ausnahmeregelung vor. Wer sich hier bereits in Gesellschaft und Arbeitsmarkt integriert hat und für die Versorgung von Ehepartner und Kindern sorgen kann, der sollte seine Kernfamilie nachholen können.

**Digitalisierung in der Landwirtschaft:** Unsere Landwirte sollen vom technischen Fortschritt profitieren und nicht den Anschluss verlieren. Gerade Aussiedlerhöfe sind flächendeckend von der Digitalisierung abgeschnitten. Nicht selten gibt es Förderprogramme für Landwirte, die diese zu Hause mangels Internet nicht herunterladen können. Auch die digitale Steuerung ihrer Maschinen und technischen Geräte zur Verbesserung der Ressourceneffizienz ist nur

### Impressum

Herausgeber: FDP Landesverband  
Baden-Württemberg  
Verantwortlich: Marius Livschütz, Pressesprecher  
Anschrift: Rosensteinstr. 22, 70191 Stuttgart  
Telefon: (0711) 666 18-0  
Email: fdp-bw@fdp.de  
www.fdp-bw.de  
Verlag: btw-marketing, Werne an der Lippe  
Gestaltung: Markus Lochmann, FDP-BW  
Fotos: FDP-BW, Abgeordnete, Titel: Melanie Pfördtner, first floor studios

dann möglich, wenn die Anlagen auf ein flächen-deckendes Mobilfunknetz zugreifen können. Wir fordern daher die Bundesregierung dazu auf, eine Strategie zur Digitalisierung voranzutreiben.

**Künstliche Befruchtung erleichtern:** Schätzungen gehen von sechs Millionen Frauen und Männern aus, die in Deutschland ungewollt kinderlos sind. Die hohen Kosten einer künstlichen Befruchtung stellen für viele Betroffene eine unüberwindliche Hürde dar. Die Freien Demokraten haben nun einen Gesetzesantrag in den Bundestag eingebracht, der auch Singles und homosexuellen Paaren diese Unterstützung ermöglicht. Die bisherige Benachteiligung nichtehelicher Lebensentwürfe widerspricht der Lebenswirklichkeit vieler Menschen in unserem Land. Darüber hinaus soll auch das Tiefgefrieren von Körperzellen zur Fortpflanzung förderbar werden. Das betrifft vor allem Frauen, die ihre Eizellen einfrieren lassen, weil sie sich einer Krebsbehandlung unterziehen müssen oder ihre Eizellen für einen späteren Zeitpunkt aufheben wollen.

**Wolfspopulation in Deutschland:** Die Zahl der gesichteten Wölfe in Deutschland ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Die FDP nimmt die Sorgen der Bevölkerung und der Nutztierhalter, deren Herden im Freien leben, ernst. Das Ziel muss sein, dem Artenschutz des Wolfes und dem Schutz der Menschen und Nutztiere zugleich gerecht zu werden. Das geht nur mit einem bundesweit abgestimmten Wolfsmanagement zwischen Bund und Ländern. Wenn wir den Wolf in das Jagdrecht aufnehmen, erkennen wir damit auch die besondere Bedeutung der Jäger an.

**Keine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung:** Als Reaktion aus der Bankenkrise arbeitet die Europäische Union an einer Bankenunion. Gerade der Punkt der Einlagensicherung ist dabei umstritten. Die Pläne der EU-Kommission sehen jetzt vor, nationale Fonds in einem gemeinsamen europäischen Topf zusammenzufassen. Aus deutscher Sicht würde die europäische Einlagensicherung jedoch das deutsche Bankensicherungssystem unnötig schwächen. Die Freien Demokraten setzen dagegen auf das Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft: Risiko und Haftung gehören untrennbar miteinander verknüpft. Eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung im europäischen Raum wäre eine faktische Enteignung deutscher Bankkunden. Wir wollen keine Transferunion durch die Hintertür. Beim europäischen Bankenabwicklungsmechanismus wollen wir

die vorgesehene Haftungsreihenfolge konsequent anwenden. Das bedeutet, dass im Insolvenzfall zunächst die Aktionäre und Gläubiger einer Bank in Haftung genommen werden.

**Handlungsfähigkeit der europäischen Außenpolitik verbessern – Rolle der Hohen Vertreterin und des Europäischen Auswärtigen Dienstes stärken:** Angesichts der Umwälzungen in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU ist eine gemeinsame europäische Außenpolitik notwendiger denn je. Die Europäische Union wird nur in der Lage sein, ihre Werte und Interessen erfolgreich zu schützen, zu bewahren und durchzusetzen, wenn sie in ihrem Auftreten nach außen zu mehr Einigkeit gelangt. Das Ziel der „strategischen Autonomie“, wird ohne geeignete Instrumente nicht durchsetzbar bleiben. Vor diesem Hintergrund ist eine institutionelle Stärkung des Amtes der Hohen Vertreterin und des EAD dringend erforderlich.

**Klimaziele verantwortungsbewusst erreichen:** Um die deutschen und europäischen Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir jetzt eine Kehrtwende in der Klimapolitik einleiten. Die getrennt vorangetriebene Strom-, Mobilitäts- und Wärmewende ist kontraproduktiv, da der Staat keine genaue Kenntnis über künftige technologische Entwicklungen und damit über die ideale Intensität und Reihenfolge der einzelnen Transformationen hat. Wir müssen alle Sektoren technologieneutral miteinander verkoppeln und mit einem einheitlichen CO<sub>2</sub>-Preis Investitionsanreize für innovative klimaschonende Technologien setzen.

**Einschränkung des Verbots der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche:** § 219a des Strafgesetzbuches (StGB) enthält einen sehr weitgehenden Tatbestand, der die Werbung für Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt. Da die Rechtsordnung die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen unter den Bedingungen der §§ 218 ff. StGB straffrei zulässt, ist es nicht mehr zeitgemäß, bereits sachliche Informationen hierüber unter Strafe zu stellen. Lösungsvorschlag der FDP Fraktion: § 219a Absatz 1 StGB wird so angepasst, dass der Straftatbestand nur noch Werbung unter Strafe stellt, die in grob anstößiger Weise erfolgt. Zudem wird der Straftatbestand der Werbung für einen strafbaren Schwangerschaftsabbruch ergänzt.

Mehr unter: <https://www.fdpbt.de/>

**Michael Theurer MdB:**

## **Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,**

sehr geehrte Damen und Herren, die Freien Demokraten in Baden-Württemberg sind stark in Kommune, Land und Bund. Mit 12,7% der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl haben wir einen wesentlichen Beitrag zum Wiedereinzug der FDP in den Deutschen Bundestag geleistet.

Im Stammland der Liberalen haben wir das zweitbeste Ergebnis bundesweit erzielt - nach Nordrhein-Westfalen und noch vor Schleswig-Holstein. Wie bei der Landtagswahl war der Erfolg bei der Bundestagswahl nur durch eine großartige Teamleistung möglich.

Mein Dank gilt allen, die daran tatkräftig mitgewirkt haben, insbesondere den Kandidatinnen und Kandidaten des Team BW, allen ehrenamtlichen Funktionsträgern und Helfern und dem kleinen Team der Landesgeschäftsstelle für ihren unermüdeten Einsatz.

Mit zwölf Abgeordneten im Landtag von Baden-Württemberg und zwölf Abgeordneten der Landesgruppe Baden-Württemberg in der FDP-Bundestagsfraktion ist der Landesverband der Freien Demokraten parlamentarisch stark aufgestellt und eine wichtige Stütze der Bundes-FDP.

Dieses politische Gewicht haben wir nach der Bundestagswahl eingesetzt, um bei den Jamaika-Sondierungsgesprächen auszuloten, ob wir wesentliche unserer inhaltlichen Vorstellungen in konkrete Regierungspolitik umsetzen können. Auf diese zeit- und nervenaufreibenden Verhandlungen haben wir uns nur eingelassen, weil wir ernsthaft im Interesse unseres Landes auch an neuen Regierungsoptionen interessiert sind. Wir haben unsere Gesprächspartner zu keinem Zeitpunkt im Unklaren darüber gelassen, dass die neue FDP nur in eine Regierung eintreten wird, wenn die aus unserer Sicht notwendigen Trendwenden bei der Bildungsfinanzierung,

der Digitalisierung und der Entlastung der arbeitenden Mitte realisieren lassen. Umso überraschter waren wir, dass insbesondere die CDU-Bundesvorsitzende auf unsere Forderungen nicht eingegangen ist, sondern sich auf die Seite der Grünen schlug.



Die nach dem Jamaika-Aus geäußerte Kritik ist unlauter. Denn die Freien Demokraten übernehmen Verantwortung. Dort, wo wir unsere Inhalte umsetzen können, gehen wir in die Regierung. Dies zeigen die Landesregierungen in Rheinland-Pfalz (Ampel), Nordrhein-Westfalen (schwarz-gelb) und Schleswig-Holstein (Jamaika). Dort, wo wir

unsere Inhalte nicht umsetzen können, übernehmen wir Verantwortung in der Opposition, wie im Landtag von Baden-Württemberg und im Bundestag.

Wir stehen nach der Wahl zu dem, was wir vor der Wahl gesagt haben. Früher hat man uns vorgeworfen, dass wir Inhalte für Dienstwagen opfern. Heute ist es umgekehrt. Diese Kritik halten wir aus.

Als Anwalt der Sozialen Marktwirtschaft und der Bürgerrechte erheben wir unsere Stimme, um die notwendige Veränderung in Deutschland aus der Opposition heraus voranzutreiben. Unser Fokus liegt dabei darauf, den umfassenden Strukturwandel durch Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel und demographischen Wandel proaktiv anzugehen. Denn diese Disruptionen werfen ganz grundsätzliche Fragen auf: Wovon wollen wir morgen noch leben? Wie wollen wir dafür sorgen, dass die Bevölkerung auch zukünftig von der wirtschaftlichen Entwicklung profitieren kann? Wie bewegt man global agierende Konzerne dazu, in Deutschland zu investieren - und wie kann der Mittelstand das Kapital mobilisieren, um den Sprung in das neue Zeitalter zu bewältigen? Wie bewegen wir gut ausgebildete und mobile junge Menschen dazu, in Deutschland leben und arbeiten

zu wollen? Diese Fragen sind alles andere als einfach zu beantworten. Doch wir werden als Fraktion viele kleine Mosaiksteine bauen, um sie zu beantworten: Mit einem schlanken Staat, der mittelfristig auf eine Staatsquote von 40% reduziert werden sollte. Mit einem einfachen Steuersystem und niedrigen Steuersätzen, die zukünftig im Schnitt nicht mehr über 20% liegen sollten. Und mit einem Sozialversicherungssystem, dessen Beitragssätze auf unter 40% stabilisiert werden sollen.

Mit einem marktwirtschaftlich organisierten Klimaschutzkonzept, welches den Emissionszertifikathandel ausbaut. Mit einer durch ein einziges Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild geordneten und gesteuerten Migration. Mit weltbesten Bildung in ganz Deutschland. Kurz: Mit einem Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, diese aber herausragend erledigt.

Wir haben mit unserer Arbeit begonnen und erste parlamentarische Initiativen ergriffen. Dazu zählen Gesetzentwürfe zur Senkung der Beitragssätze für die Arbeitslosenversicherung, zur Stärkung der Bürgerrechte oder zum Thema der Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Geschützten inklusive einer Härtefallregelung. Dazu zählen aber auch andere Initiativen wie beispielsweise für einen Untersuchungsausschuss zum Behördenversagen im Fall Anis Amri, gegen aggressive Steuervermeidung oder gegen die Vergemeinschaftung der Einlagensicherung, durch die deutsche Sparer für ganz Europa haften müssten. Unsere Initiativen werden auch auf der Internetseite der FDP-Fraktion gelistet: <https://www.fdpbt.de/fraktion/initiativen>

Erste Erfolge sind sichtbar, etwa bei der Absenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge. Hierzu habe ich für die FDP-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf eingebracht. Während die GroKo-Papiere hierzu ursprünglich nichts enthielten, wurde nach der Veröffentlichung unseres Gesetzentwurfs schnell nachgebessert.

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD ist insgesamt allerdings ein Dokument der Stagnation. Das Wort Veränderung kommt darin genauso selten vor wie die Stärkung der Eigenverantwortung. Die Erwähnung der Sozialen Marktwirtschaft bleibt ein Lippenbekenntnis. Die CDU hat das Erbe Ludwig Erhards längst aufgegeben. Was sich schon bei den Jamaika-Gesprächen abzeichnete, ist zur traurigen

Gewissheit geworden. Der CDU-Bundesvorsitzenden Angela Merkel geht es zuallererst um den Machterhalt. Das Ergebnis ist ein schlichtes „Weiter so“. Die Neuauflage der GroKo ist hierbei die logische Konsequenz. Niemand sollte sich von ein paar neuen Gesichtern am Kabinetttisch täuschen lassen. Merkel war wie auch bei den Jamaika-Verhandlungen willens, sämtliche marktwirtschaftliche Positionen zu räumen, um Bundeskanzlerin zu bleiben.

Die angesichts von Milliardenüberschüssen dringend gebotene Entlastung der arbeitenden Mitte fällt aus. Statt der von der CDU versprochenen jährlichen Entlastung von 15 Milliarden bleiben lächerliche zwei Milliarden durch die Teilabschaffung des Soli. Die versprochene Abschaffung der Mietpreisbremse fällt genauso aus wie die versprochene vollständige Rückzahlung des Hilfskredits für AirBerlin. Dort, wo es konkret wird, plant die GroKo zusätzliche Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger. Die Abschaffung der Abgeltungssteuer für Zinsen ist eine Steuererhöhung durch die Hintertür. Die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung bei Gesetzlichen Krankenversicherung belastet insbesondere kleine und mittlere Unternehmen.

Wir werden aus der Opposition heraus Druck machen, um das Schlimmste zu verhindern. Gleichzeitig ist nach der Wahl auch vor der Wahl: Nächstes Jahr stehen die Europa- und Kommunalwahlen an. Da beide Wahlen zuletzt bei unserem absoluten Tiefpunkt im Jahr 2014 stattfanden, haben wir hier viel zu gewinnen. Das ist auch wichtig: Demokratie beginnt vor Ort. Wir Freie Demokraten müssen da sein, denn in der Kommune können wir als bürger-nahe Partei genau hören, wo der Schuh drückt, und passende Lösungen präsentieren.

Die Europäische Union hingegen steht am Scheideweg. Eine starke Stimme für Marktwirtschaft und Eigenverantwortung wird im Europäischen Parlament gebraucht. Diese Stimme werden wir weiterhin, zukünftig mit einer noch stärkeren FDP-Delegation, sein. Das wird nun der nächste Schritt: Die Stärkung der liberalen Idee und der Freien Demokraten bei der Kommunal- und Europawahl. Auch dort brauchen wir wieder vollen Einsatz aller Mitglieder!

Ihr



Michael Theurer

## 50 Jahre in der FDP: Bärbl Maushart

Interview mit der Freien Demokratin seit 1968

**Sie sind 1968 in die FDP eingetreten. Was war Ihre ganz persönliche Motivation, das zu tun, gab es einen besonderen Anlass?**

Ja es gab einen Anlass: Es war im Landtagswahlkampf 1968. Mein Mann und ich waren bei einer FDP-Veranstaltung in Neuenbürg und hatten danach das dringende Bedürfnis, die FDP zu stärken. Redner war Hermann Saam, Bürgermeister von Bad Wildbad und FDP-Bundestagsabgeordneter. In Bund und Land regierte eine große Koalition aus CDU und SPD. Wir wollten, dass sich das ändert. Die FDP erzielte am 28. April 1968 14,42% und 18 Sitze im Landtag, da aber die NPD mit 9,82% und zwölf Sitzen ebenfalls in den Landtag kam, blieb es bei der CDU/SPD-Koalition.

**Sie haben über 50 Jahre FDP erlebt, dabei Höhen und Tiefen mitbekommen. Erinnern Sie sich noch an ein oder zwei ganz besondere Momente, die Sie als Mitglied der FDP erlebt haben?**

Jetzt wird es schwierig, auszuwählen. War es das Abendessen nach einem Wahlkampfauftritt mit Hans-Dietrich Genscher und Hans Albrecht, den ich drei Mal als Zweitkandidatin unterstützt habe? War es der 1. Bundesparteitag in den neuen Bundesländern in Suhl 1991? Oder doch der bewegende 2. Außerordentliche Bundesparteitag 1994 vom 11. bis 12. Dezember 1994 in Gera, bei dem der Bundesvorsitzende Klaus Kinkel die Vertrauensfrage stellte und bestätigt wurde? In dieser langen Zeit habe ich viele für mich prägende liberale Persönlichkeiten erlebt und kennengelernt, was mich immer wieder darin bestätigt hat, dass ich mich in der richtigen Partei engagiere. Deshalb bin ich auch nach persönlichen Niederlagen dabei geblieben, weiter für eine freiheitliche Gesellschaft zu kämpfen.

**Wie hat sich die FDP Ihrer Meinung nach in den letzten 50 Jahren verändert?**

Als wir 1968 in die FDP/DVP eingetreten sind, fanden wir uns in einer männlichen Honoratiorenpartei wieder, was besonders mich als Frau gestört hat. Vielleicht war das der Grund für unsere Entscheidung, dass ich mich in der FDP verstärkt engagiert habe. Mein Mann Rupprecht hatte den Schwerpunkt auf sei-



nen Beruf gelegt. Es hat lange gedauert, bis es selbstverständlicher war, dass Frauen in der FDP mitgestalten. Ich denke, dass die berüchtigte Kungelei im Hinterzimmer durch die heutigen Kommunikationsmöglichkeiten obsolet geworden ist. Die Mitwirkungsmöglichkeiten sind heute sehr viel breiter angelegt, weil die Informationen leichter verfügbar sind.

**Was wünschen Sie sich für die nächsten 50 Jahre von den Freien Demokraten?**

Wichtig ist, dass die Freien Demokraten auch in 50 Jahren für eine freie Gesellschaft eintreten. Das geht nicht ohne Veränderungen und ständigen Kampf gegen Verunsicherungen und politisches Desinteresse.

**Was raten Sie den jungen Leuten von heute? Lohnt sich politisches Engagement?**

Demokratie lebt vom Mitmachen! Und damit unsere Demokratie weiterlebt und nicht leise eingeschränkt wird, braucht unsere Gesellschaft Menschen, die sich politisch engagieren. Mitgestalten ist angesagt, nur Meckern oder Wegschauen kann fatale Folgen haben. Als „Nachkriegskind“ war und ist es mein Ziel: Ich schaue hin und will mitgestalten, damit so eine Situation wie im 3. Reich nicht wieder passieren kann. Ich will, dass nicht nur meine Kinder sondern auch unsere Enkel in Frieden und Freiheit leben können. Dafür lohnt es sich zu kämpfen!

## MIT KLAREN POSITIONEN ÜBERZEUGEN - WICHTIGER DENN JE

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL, Vorsitzender der FDP/DVP Landtagsfraktion

Heute suchen viele Menschen nach einer politischen Orientierung. Das bedeutet nicht immer Zustimmung – auch klare, begründete Ablehnung ist wichtig für die politische Debatte. Genau das ist es, was in vielen Parlamenten heute fehlt. Sich der Diskussion durch verbale Leerformeln oder taktierendes Abwarten zu entziehen, führt zu Verdruss in der Bevölkerung.

Gerade der Landtag von Baden-Württemberg hat eine wichtige Funktion darin, Ansprechpartner und Ort für politische Diskussionen zu sein, die Menschen bewegen. Wir haben es uns als FDP/DVP zum Ziel gesetzt, mit anderen um die besten Lösungen zu ringen, Probleme anzusprechen und Vorschläge zu machen. In der Opposition formen wir so eine demokratische Alternative zur grün-schwarzen Regierungspolitik.

Ureigenes Landesthema ist Bildungspolitik. Erst vor kurzem wurde der Landesregierung in der neuesten Studie des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) attestiert,

dass Viertklässler in Baden-Württemberg in den Fächern Deutsch und Mathematik im bundesweiten Vergleich massiv an Niveau verloren haben. Das war schon der zweite Schlag in Folge: Ein Jahr zuvor hatte die Studie Neuntklässlern aus dem Land schlechte Noten in Schlüsselfächern ausgestellt. Die Tatsache, dass das Bildungsniveau regelrecht im Sturzflug ist, verlangt Maßnahmen statt bloßer Analysen. Der gute Wille der Kultusministerin erweist sich gegenüber der grünen Bildungsideologie als machtlos. Hier träumt man immer noch von der Schule ohne Leistungskontrolle. Gleichzeitig kämpft der Ministerpräsident eine Schlacht gegen all jene,

die dem Bund direkte Hilfe für eine Modernisierung maroder Schulen geben möchten. Der Bildungsstandort Baden-Württemberg rutscht von seinem jahrzehntelang gehaltenen Spitzenplatz ab – ein Sofortplan zur Modernisierung, Abschaffung der Privilegien für einzelne Schularten und einem dauerhaften und stabilen Schulfrieden anstatt permanenter Umbaumaßnahmen wird von uns gefordert und findet zunehmend bei allen Gehör, die sich um den Bildungsstandort sorgen.

Das Thema Bildungspolitik und weitere Themen, von denen Sie einige auf den folgenden Fraktionsseiten aufgeführt finden, beschäftigt viele. Was der Landesregierung aber eine engagierte Diskussion bis hin zur Koalitionskrise wert ist, ist ausgerechnet das Wahlrecht. Wenn es um die Absicherung der eigenen Pfründe geht, zeigt die CDU-Fraktion eine geradezu steife Prinzipienfestigkeit. Begleitet wird der Konflikt noch von einem handfesten Führungsstreit zwischen dem Innenminister Thomas Strobl und den Landtags-

abgeordneten. Niemand erkennt in diesen Auseinandersetzungen einen politischen Sinn. Das Urteil über solche eitlen Streitereien können die Bürgerinnen und Bürger fällen.

Wir beteiligen uns weiterhin engagiert an Debatten, in denen es um Baden-Württemberg geht und sehen uns durch das große Interesse bestärkt, welches wir dafür erhalten.

Ihr 

Hans-Ulrich Rülke



# NEUE MÖGLICHKEITEN DURCH DIGITALISIERUNG



„Die Digitalisierung verändert die Welt“ – ein Satz, den der Digitalisierungsminister Thomas Strobl gerne und immer wieder verwendet. Ohne Zweifel hat er damit Recht. Leider wird die Landesregierung aber nur sehr langsam aktiv und hat erst rund 1,5 Jahre nach Regierungsantritt ihre Digitalisierungsstrategie „digital@bw“ vorgestellt. 67 Leuchtturm-Projekte sollen in dieser Legislaturperiode gefördert werden. Allerdings fehlt diesen Leuchttürmen in vielen Regionen in Baden-Württemberg das Fundament. **Denn es mangelt noch immer an einem flächendeckenden Ausbau des schnellen Internets und einem flächendeckenden Mobilfunknetz – den unverzichtbaren Grundlagen!**

In der Digitalisierungsdebatte geht es auch um eine Kernaufgabe des Staates: (Cyber-)Sicherheit. Durch vermehrte Vernetzung und Datenaustausch entstehen neben großen Chancen auch Sicherheitslücken, die schnellstmöglich erkannt und geschlossen werden müssen. Dies betrifft kleine und mittelständische Unternehmen genauso wie kritische Infrastrukturen und Institutionen im besonderen staatlichen Interesse (siehe hierzu auch die entsprechenden Fraktionsantrag, Landtags-Drucksache 16/3345).

Die Digitalisierung bietet gerade für Menschen mit spannenden Ideen ganz neue Möglichkeiten. Wenn wir in Baden-Württemberg, im Land der Tüftler, Forscher und Käpsele, eine Willkommenskultur für Gründer und Investitionen etablieren wollen,

brauchen wir bessere Rahmenbedingungen für neue Ideen und neue Geschäftsmodelle und vor allem qualifizierte Fach- und Führungskräfte. Wir wollen Baden-Württemberg zum Digitalisierungsland Nummer Eins machen, deshalb müssen wir das Fundament dafür in den Schulen legen (siehe dazu auch unseren [Fraktionsantrag „Digitalisierung der Schulen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“](#), [Landtags-Drucksache 16/3389](#)). Im Wandel des digitalen Zeitalters müssen wir Kinder und Jugendliche befähigen, die Informationstechnik und ihre Grundlagen zu verstehen und sie ebenso kreativ wie verantwortungsvoll nutzen zu können. Dafür machen wir Freie Demokraten uns stark.

## IMPRESSUM

FDP/DVP Fraktion im Landtag  
von Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 3  
70173 Stuttgart

Tel.: 0711 2063-918

Fax: 0711 2063-610

E-Mail: [post@fdp.landtag-bw.de](mailto:post@fdp.landtag-bw.de)

Web: [www.fdp-dvp.de](http://www.fdp-dvp.de)

Verantwortlich: Dr. Jan Havlik (Pressesprecher)

Fotos: FDP/DVP Landtagsfraktion, pixabay.com,  
shutterstock.com

## TRENDWENDE IN DER WOHNBAUPOLITIK

Der Wohnungsmarkt im Land scheint längst aus den Fugen geraten zu sein und 16 der 30 teuersten Städte bundesweit liegen laut Mieterbund in Baden-Württemberg. Die Landesregierung verwaltet den Mangel, anstatt dringende Maßnahmen in Angriff zu nehmen, und zieht sich mit Verweis auf die Wohnraum-Allianz aus der Affäre. Mittlerweile fehlen Zehntausende Wohnungen. Das Dach über dem Kopf wird für immer mehr Menschen ausgerechnet

erforderliche Reformen des Rechts, eine Stärkung der Investitionsbereitschaft sowie eine effektivere und bedarfsorientierte Flächennutzung. Über allem steht derzeit die Diskussion um eine grundlegende Novelle der Landesbauordnung. Die Grünen halten kämpferisch an absurden ideologischen Vorschriften fest, wie der Pflicht zur Erstellung von überdachten Fahrradstellplätze oder Dachbegrünungen. Der verantwortlichen CDU-Wirtschaftsministerin



im Land der Häuslebauer zum Luxusgut. Diese absurde Situation hat die FDP/DVP-Landtagsfraktion zum Anlass genommen, um die dringenden Handlungsfelder in der Wohnungsbaupolitik in einem Positionspapier aufzuzeigen.

Bei allen regionalen Unterschieden auf dem Immobilienmarkt ist für Liberale klar: Wohnraum gehört zur Lebensgestaltung, Wohneigentum ist eine Frage der existenziellen Absicherung und der Vorsorge gleichermaßen. Festzustellen ist aber auch, dass die bisherige Politik von Grün-Schwarz, die auf Subventionierung, Reglementierung und Überwachung gründet, nur zu einer weiteren Verknappung auf dem Wohnungsmarkt geführt hat. Wir wollen eine Trendwende, die auf konkrete Anreize und Entlastungen setzt, anstatt immer stärkerer Bevormundung.

In dem Papier konzentrieren wir uns auf drei essenzielle landespolitische Stellschrauben, nämlich

gelingt es indes nicht, derartige Bremsklötze für den Wohnungsbau auszuräumen, wie auch die untaugliche Mietpreisbremse, die Kappungsgrenzen-Verordnung oder das anachronistische Zweckentfremdungsverbot.

Zur Erhöhung der Investitionsbereitschaft setzen wir auf bessere steuerliche Absetzbarkeiten, aber auch die Absenkung der Grunderwerbsteuer auf 3,5 %, die 2011 von der damaligen grün-roten Landesregierung auf 5% erhöht worden war.

Schließlich muss dem Flächenmangel begegnet und die Ausweisung von Bauplätzen erleichtert werden. Wir wollen etwa die sogenannte Plausibilitätsprüfung abschaffen und das Ausgleichsgeld bei der Waldumwandlung stärken.

Das ganze Positionspapier finden Sie unter: <http://fdp-dvp-fraktion.de/downloads/wohnraum-schaffen-eigentum-foerdern.pdf>

## BÜRGERFORUM DES LANDTAGS BESTÄTIGT POSITION DER FDP/DVP FRAKTION ZU ABGEORDNETENPENSIONEN

Das „Bürgerforum zur Altersversorgung der Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg“ legte am 13. Januar 2018 seine Empfehlungen vor. Es schlägt dem Parlament vor, die Frage der Altersversorgung der Abgeordneten noch einmal gründlich zu beraten. Hintergrund war ein später zurückgenommener Beschluss der Fraktionen Grüne, CDU und SPD, vom Zuschuss für Privatvorsorge zur staatlichen Pension zurück zu wechseln. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Hans-Ulrich Rülke sagte dazu: „**Wir haben es als FDP/DVP Fraktion immer abgelehnt, von der Eigenvorsorge zur Staatspension zurückzukehren.** Das haben wir in den Landtagsberatungen

im März 2017 deutlich gemacht. Wir halten es für angebracht, dass sich die Abgeordneten des Landtags an der Lebenswirklichkeit orientieren. **Es ist für Abgeordnete zumutbar, auf Eigenvorsorge zu setzen.** Die Menschen hierzulande müssen schließlich auch privat etwas zurücklegen, wenn die gesetzliche Rente nicht reicht. Die Vorschläge der unabhängigen Bürgerkommission bilden aus unserer Sicht eine gute Grundlage, um das von Grünen, CDU und SPD seinerzeit beabsichtigte Staatspensionssystem zu vermeiden. An der weiteren Diskussion zur konkreten Ausgestaltung werden wir uns gerne konstruktiv beteiligen.“

## SANIERUNG DER LANDESSTRASSEN



Im Hinblick auf die Sanierung der Landesstraßen gibt es einen erfreulichen Investitionshochlauf. **Es ist im Interesse des Landes, wenn Brücken und Straßen in einen guten Zustand gebracht und in diesem erhalten werden.** Gleichwohl muss die gesamte Straßeninfrastruktur im Auge behalten werden. Hier vermissen wir einen klaren Umsetzungsplan des Landes für die Vorhaben nach dem Bundesverkehrs-

wegeplan 2030. Was sich nach einem fernen Ziel anhört, muss jetzt schon beherzt und mit Nachdruck angegangen werden. Denn die Erreichung von Bau-recht ist Voraussetzung, damit vom Bund die Gelder für den Ausbau von Bundesstraßen und Autobahnen abgerufen werden kann. Und es ist ein langwieriger Prozess. Minister Hermann wollte eigentlich im letzten Herbst bereits seine Konzeption vorlegen. Vermutlich knirscht es auch hier zwischen Grünen und Schwarzen ganz erheblich. Jetzt soll im März die Vorstellung erfolgen. Es wird höchste Zeit. **Denn es gibt noch zahlreiche Engpässe, die beseitigt werden müssen.** Beispielhaft die Hoahrheinautobahn oder den Alaufstieg der A 8. Auch die A 5 sowie viele andere Abschnitte harren ihrer Ertüchtigung. Auch im Landesstraßennetz gibt es Wasser, das leider in den Wein geschüttet werden muss. So erfreulich die Erhöhung der Erhaltungsmittel ist, **so wenig ist es nachvollziehbar, dass in Zeiten sprudelnden Steuer-aufkommens der Aus- und Neubau von Landesstraßen vernachlässigt wird.** Der Generalverkehrsplan wurde mit grüner Handschrift von 734 auf nur noch 123 Maßnahmen regelrecht eingedampft. Dabei geht es um viele Vorhaben, auf die die Menschen und die Wirtschaft dringend warten.

## VERPASSTE CHANCE FÜR MEHR GESTALTUNGSSPIELRÄUME IM HOCHSCHULRECHT

Das Landeshochschulgesetz muss infolge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts geändert werden. Die grüne Ministerin Bauer legte einen polarisierenden Entwurf vor, der eine ganze Reihe an Änderungen enthielt. Die wohlklingenden Impulse zur Förderung der Gründerkultur an Hochschulen entpuppten sich aber ebenso wie die Verankerung der sogenannten Juniorprofessur als gesetzgeberisches Ablenkungsmanöver und werden ohne finanzielle Untermauerung nur Symbolkraft entfalten. Die eigentliche Herausforderung der Novelle lag darin, ein ausgewogenes System von „Checks and Balances“ zwischen den Entscheidungsträgern an den Hochschulen zu statuieren. Denn die Rektorate sollen aus unserer Sicht handlungsfähig bleiben, ein lähmender Dauerstreit zwischen Professoren und

Rektorat gilt es zu vermeiden. Mit den Vorgaben zur Zusammensetzung der Senate wurde der Gestaltungsspielraum der Hochschulen aber zu sehr eingeschränkt. Darüber hinaus wurde in der Expertenanhörung vorgebracht, dass sich viele Hochschulen die Bauherrneigenschaft wünschen, um unbürokratisch und schnell Sanierungs- und Bauprojekte realisieren zu können. **Diese guten Ideen ließen sich aber gegen die grün-schwarze Mehrheit im Parlament nicht durchsetzen.** Auch unser Vorstoß für eine sprachliche Konkretisierung der Aufgaben der Verfassten Studierendenschaft wurde nicht mitgetragen. So bleibt die aktuelle Überarbeitung des Landeshochschulgesetzes leider eine Pflichtübung und neue Gestaltungsspielräume für die Hochschuln Zukunftsmusik.

## PERSONALSITUATION BEI DER POLIZEI MUSS WEITER SORGE BEREITEN

Die CDU ist mit dem Anspruch in die grün-schwarze Koalition eingetreten, **1.500 zusätzliche Stellen bei der Polizei zu schaffen.** Ein Mehr an Polizei ist nach den verheerenden Einsparungen zu Zeiten der grün-roten Koalition auch dringend erforderlich. Die FDP/DVP Fraktion forderte angesichts der zunehmenden Bedrohung der inneren Sicherheit schon Anfang 2015 1.000 zusätzliche Polizeibeamte. Grün-Rot hat hingegen die Ausbildungskapazitäten für Polizeianwärter im Rahmen der Polizeireform noch reduziert.

Dass die CDU dann trotzdem mehr als eineinhalb Jahre in Regierungsverantwortung benötigt, um erste zentrale Entscheidungen zu den Ausbildungsstandorten in die Wege zu leiten, ist alles andere als eine Glanzleistung. Nun tritt der Innenminister mit der Behauptung auf, schon im Jahr 2019 werde das Versprechen der zusätzlichen 1.500 Stellen bei der Polizei erfüllt sein. Dazu zählt er jedoch auch die noch nicht fertig ausgebildeten Polizeianwärter mit, die erst 2023

auf der Straße regulär Dienst tun werden. Nach Auskunft der Landesregierung werden wir aufgrund der Pensionierungen und der zu geringen Ausbildung der letzten Jahre landesweit weiter Polizeibeamte verlieren **und Ende 2019 ca. 620 Polizeibeamte weniger haben als am 31.12.2017.** Erst ab 2020 wird die Zahl wieder steigen. Aber noch Ende 2021 werden wir 20 Polizeibeamte weniger haben als Ende 2016. So muss uns die Personalsituation bei der Polizei weiter mit Sorge erfüllen. Es sind mehr Anstrengungen der Landesregierung erforderlich und sie muss in der Darstellung der tatsächlichen Situation gegenüber der Bevölkerung ehrlicher werden.

## Die ALDE-Partei vor den Europawahlen 2019

# 100 liberale Abgeordnete sind das Ziel

Liebe Parteifreunde in Baden-Württemberg,

der organisierte Liberalismus in Europa ist im Aufwind! Mit zurzeit acht liberalen Premierministern in der Europäischen Union ist die ALDE-Familie so stark wie nie zuvor.

Nicht zuletzt das hervorragende Ergebnis der FDP und der Wiedereinzug in den deutschen Bundestag haben unterstrichen, dass mit den Liberalen auch wieder in den größeren Mitgliedsstaaten zu rechnen ist. Dieses ist notwendig, um unser ambitioniertes Ziel von 100 Abgeordneten im nächsten Europaparlament zu erreichen. Die Gestaltung des rasanten technologischen Wandels, sich wandelnde Arbeitsbedingungen, die Herausforderungen von Migration und Integration, die Verteidigung von Freihandel und des liberalen Rechtsstaats gegen autoritäre Populisten links und rechts in Europa und darüber hinaus, machen eine starke liberale Fraktion auch auf parlamentarischer Ebene in Europa notwendig, um freiheitliche Politik in Wirtschaft und Gesellschaft gestalten zu können. Die Sozialdemokratie in Europa findet keine Antworten auf die fundamentalen Veränderungen in unseren Gesellschaften und die konservativen Christdemokraten sind zersplittert zwischen einer inhaltsleeren CDU in Deutschland und dem autoritären Nationalpopulismus Viktor Orbans in Ungarn.

Diesen Prozess zu gestalten nimmt sich die ALDE-Partei in Form eines gemeinsamen Wahlprogramms zur Europawahl an. Das ALDE-Manifesto soll einen inhaltlichen Überbau für die Inhalte und Kampagnen der Mitglieder darstellen und gleichzeitig die großen, gemeinsamen liberalen Leitlinien für die kommenden Jahre herausarbeiten. Unter Führung des ehemaligen estnischen Premierministers Taavi Rõivas und unter Beteiligung des Baden-Württembergers Christopher Gohl wird ein Programmausschuss diesen Sommer einen Entwurf vorlegen. Zur anschließenden Beteiligung durch die Mitgliedsparteien sowie zur abschließenden Debatte und Abstimmung beim ALDE-Kongress in Madrid vom 8.-10. November 2018 lade ich Sie herzlich ein.



Mit weit mehr als 1000 Liberalen aus Europa ist der Kongress zugleich politischer und gesellschaftlicher Höhepunkt der grenzüberschreitenden liberalen Kooperation.

Die Parteienlandschaft verändert sich und auch Liberale müssen sich der Herausforderung durch viele neue Akteure stellen, sowie neue Formen der Mitglieder- und Bürgerbeteiligung schaffen und kreative Kampagnenfähigkeit in Zeiten starker Politisierung aber abnehmender Motivation für langfristiges Parteiengagement erproben.

Die ALDE Partei tritt hier als Dienstleister für ihre Mitgliedsparteien auf und bietet Unterstützung im Bereich der Parteiorganisationsentwicklung und zur Stärkung der Kampagnenfähigkeit an.

Without the politics, you can't do the policies!

Mit diesem Leitmotiv unterstützt das Sekretariat der ALDE Partei in Brüssel gemeinsam mit liberalen Politikberatern und Kampagnenmitarbeitern der Mitgliedsparteien die Professionalisierung der Partei- und Kampagnenarbeit.

Wahl Datenanalysen und datenbasierte Modelle zur Zielgruppenansprache und zur zielgenauen Wahlkampfplanung für den Haustürwahlkampf, Verteilung von Infopost und Aufstellung von Plakaten bilden gemeinsam mit individuellen Trainings für Kandidaten, Strategieberatung sowie Umfrage- und Fokusgruppen-basierter Wahlkampfberatung ein breites Angebot für die Mitglieder. Ein besonderer Schwerpunkt bildet das Angebot zum Haustürwahlkampf. Direkter Wählerkontakt und die Bereitschaft stärkere auf die Wähler zuzugehen, muss angesichts der weitverbreiteten Ablehnung von Parteien ausgebaut werden. Hierzu bietet die ALDE-Partei auch moderne Software-Program-

me wie e-canvasser an, um somit neben der Ausbildung auch zur systematischen Kontaktdatenpflege beizutragen, die wiederum zielgruppengerechte Wähleransprache ermöglicht.

Zu diesen und anderen Themen berät Sie das ALDE-Sekretariat gerne und hat im Vorfeld der letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg und der Bundestagswahl auch bereits eng mit der Stuttgarter Landesgeschäftsstelle kooperiert.

Mit li(e)beralen Grüßen

Hans van Baalen, MdEP für die VVD Niederlande,  
Präsident ALDE Partei

---

Mehr über die ALDE-Partei erfahren und später im Jahr zum Kongress: [www.aldeparty.eu](http://www.aldeparty.eu)

Kontakt: Philipp Hansen, Abteilungsleiter Politik,  
[phansen@aldeparty.eu](mailto:phansen@aldeparty.eu)

Sind Sie am wöchentlichen Newsletter interessiert?

Melden Sie sich hier an <https://www.aldeparty.eu/subscribe-our-mailing-lists>

Mitglied werden!

Als erste und bislang einzige europäische Partei bietet die ALDE-Partei eine unmittelbare individuelle Mitgliedschaft an [http://www2.aldeparty.eu/individual\\_membership](http://www2.aldeparty.eu/individual_membership)

Öffentliche Expertenforen zur inhaltlichen Begleitung des Manifesto-Prozesses:

<https://www.aldeparty.eu/EP2019manifesto>

# thinkliberal.de

## Unser Angebot

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten, auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort. Dazu gehören etwa Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate. Unser Angebot umfasst außerdem Messe- und Kongressequipment sowie Drucksachen wie z.B. Tischaufsteller, Visitenkarten uvm. im aktuellen Design der Freien Demokraten.

Wir bieten Ihnen dabei die Möglichkeit bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch unserer Webseite!

Sparen Sie bei Bestellungen 5%\*  
mit folgendem Code: 20180221bwmm

Ihr Shop für FDP Werbemittel

BTW MARKETING Agentur für visuelle Kommunikation | Inhaber: Michael Szopieray | Burgstraße 27 | 59368 Werne  
Telefon: 02389 . 92 75 82 | Telefax: 0211 . 88 25 31 237 | info@thinkliberal.de | www.thinkliberal.de



\* pro Kunde nur eine Einlösung möglich. Gültig bei Bestellungen bis zur Veröffentlichung des folgenden Mitgliedermagazins.